

Konflikte zivil bearbeiten!



Nelson Mandela und Frederik de Klerk erhielten für die Überwindung der Apartheid in Südafrika, 1993 den Friedensnobelpreis.

Zivile Konfliktbearbeitung meint die Einflussnahme auf Konflikte mit zivilen, diplomatischen, rechtsstaatlichen oder gewaltfreien Mitteln zum Zwecke der Vermeidung von Krieg und Bürgerkrieg.

Konflikte wird es immer geben, aber sie müssen nicht notwendigerweise zu Krieg führen. Konflikte lassen sich bearbeiten, aushalten oder lösen. Es gibt viele Anzeichen zur frühzeitigen Erkennung von kriegsträchtigen Konflikten.

Wer Kriege verhindern will, darf den Konfliktparteien keine Mordwerkzeuge liefern, muss rechtzeitig diejenigen Gruppen politisch unterstützen, die für Demokratie, Menschenrechte und Gewaltfreiheit eintreten, muss den Dialog zwischen verfeindeten Gruppen fördern.

Dieses Arbeitsmaterial bietet eine Einführung in Grundgedanken, Institutionen und Methoden der zivilen Konfliktbearbeitung.



Verhandlungen zwischen Konfliktparteien zur Darlegung von Positionen und Interessen (UNO)

Gewalt löst keine Probleme – Konflikte zivil bearbeiten

Für die Kriege der westlichen Industriestaaten werden immer neue moralische Rechtfertigungen vorgebracht. Doch Krieg bleibt ein Verbrechen:

- Die Militäreinsätze fordern jeweils zahllose Opfer, vor allem unter der Zivilbevölkerung.
- In Wahrheit geht es um Machtpositionen und wirtschaftliche Interessen.
- Positive Ziele werden mit den Militäreinsätzen nie erreicht: 20 Jahre Krieg in Afghanistan haben die gesellschaftlichen Machtverhältnisse nicht verändert; in Bosnien und Kosovo wurde kein Weg zu einem neuen friedlichen Miteinander gefunden. Der „Krieg gegen den Terror“ hat die Motive und Ursachen von Terroraktionen nicht beseitigt.

Die Konflikte, die zu Bürgerkriegen, zu Menschenrechtsverletzungen und zu Terror führen, können nicht mit Gewalt beseitigt werden.

Demgegenüber sind seit Jahren vielfältige Instrumente und Methoden einer „Zivilen Konfliktbearbeitung“ entwickelt und praktisch angewendet worden.

Auseinandersetzungen zwischen und auch innerhalb von Staaten haben ihre jeweiligen Ursachen, die nur in einem längeren Prozess beseitigt werden können. Hier setzt die Zivile Konfliktbearbeitung an. Kurzfristig geht es darum, bei Konflikten die Gewaltanwendung zu verhindern bzw. wieder einzudämmen. Die Konfliktparteien sollen nicht-militärische Möglichkeiten entdecken, wie sie ihre Konflikte austragen können. Dies setzt einen Prozess von Vertrauensbildung voraus, die Nachvollziehbarkeit einzelner Schritte durch die Konfliktparteien, eine neutrale Vermittlung durch Dritte. All das kann Militär nicht leisten.

Waffengewalt zerstört Vertrauen, trennt in Sieger und Verlierer, verfestigt Hass und Misstrauen, die bei nächster Gelegenheit wieder zu Gewalt führen.



Unter Kriegen leidet vor allem die Zivilbevölkerung. (wikimedia)

Impressum: Dieses Material wird herausgegeben vom Helmut-Michael-Vogel Bildungswerk für Frieden und Völkerverständigung, in Zusammenarbeit mit dem Landesverband Bayern der Deutschen Friedensgesellschaft- Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen. Erarbeitung ca. 2010 und 2015: Joachim Schramm und Kai-Uwe Dosch; Aktualisierung Recherche: Manfred Diebold, Text, Redaktion, Gestaltung 2022: Thomas Rödl, HMV-Bildungswerk. Kontakt: DFG-VK, Frauenlobstr. 24 Rgb., 80337 München; E-Mail: muenchen@dfg-vk.de; www.dfg-vk-bayern.de ; www.h-m-v-bildungswerk.de ; www.no-militar.org

Wir bitten um Spenden: Konto HMV-Bildungswerk bei der GLS- Bank, IBAN: DE37 4306 0967 8217 1208 00



Zivile Konfliktbearbeitung

Zivile Konfliktbearbeitung (ZKB) ist eine Einflussnahme dritter Parteien in Krisen und Konflikte, sowohl zwischen Staaten als auch innerhalb einzelner Länder. Damit sollen die Konflikte unter der Berücksichtigung der Interessen aller Parteien geregelt oder gelöst werden. Dabei wird auf verletzendes und tödendes Gewalt verzichtet. Mittelfristiges Ziel ist auch eine „Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen“:

Der Aufbau von demokratischen politischen und sozialen Institutionen, die Probleme bearbeiten und durch wechselseitige Information, Dialog und Vermittlung dazu beitragen, Kompromisse und Übereinkünfte zu erzielen.

Die Instrumente der Zivilen Konfliktbearbeitung unterscheiden sich unter anderem nach ihrer Aufgabenstellung:

- Wenn möglich, sollen Konflikte im Vorfeld, also präventiv, eingegrenzt werden.
- Methoden: Präventive Diplomatie, Beobachtung und Frühwarnung bei Konfliktereignissen zur Gewalteinstränkung, Vermittlung, Bildung von Pufferzonen, Begleitung von bedrohten Personen oder Organisationen.
- Ist ein Konflikt bereits eskaliert, geht es um die Senkung des Gewaltniveaus, die Deeskalation. Methoden: Vermittlung und Mediation, Vereinbarung und Überwachung von Waffenstillständen, Sanktionen als Druckmittel und / oder: Positive Hilfsangebote für den Fall einer Einigung.
- Anschließend geht es um die Nachsorge, die Schaffung von Voraussetzungen zur zivilen Konfliktaustragung und Versöhnung in der Gesellschaft.
- Methoden: Aufbau zivilgesellschaftlicher Netzwerke und Strukturen, wirtschaftliche und andere Aufbauhilfe, Flüchtlingshilfe, Trainings in Gewaltfreiheit, Prozesse der Begegnung und Versöhnung, Beobachtung von Wahlen und der Lage der Menschenrechte in einem Land oder einer Region.

Ziel aller Maßnahmen ist es, das Gespräch und die Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien wieder möglich zu machen. Dies gilt sowohl für die Ebene der Führungsschicht der Konfliktparteien als auch für die einfachen Menschen beider Lager.



Der Schützenpanzer Puma, mit einem Stückpreis von etwa 17 Millionen Euro, soll für das deutsche Heer in einer Stückzahl von 350 Fahrzeugen beschafft werden.

Zivile Konfliktbearbeitung zwischen Staaten

Zivile Konfliktbearbeitung meint, dass alle, auch die Regierungen, die Regeln und Verfahrensweisen der Demokratie und des Rechtsstaats einhalten. Staaten sollen ihre Beziehungen untereinander ohne Gewalt oder Androhung von Gewalt regeln. So will es die Charta der Vereinten Nationen.

Für Streitigkeiten zwischen Staaten ist der Internationale Gerichtshof in Den Haag zuständig. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich vor einigen Jahren endlich der Rechtsprechung des Internationalen Gerichtshofs unterworfen, wie im Art. 24 Grundgesetz vorgesehen.

Dabei hat die Regierung der BRD erklärt, dass der Internationale Gerichtshof nicht über die Tätigkeit der Bundeswehr im Ausland zu urteilen hat; und auch nicht über die in Deutschland stationierten Truppen der NATO-Staaten zu befinden hat. Damit wurde die Einordnung in eine obligatorische umfassende Schiedsgerichtsbarkeit ausgehebelt.

Mehr dazu: <https://www.no-militar.org/index.php?ID=21>

Für die Außenpolitik der BRD gilt weiterhin das Leitbild der militärischen Stärke und die Ausweitung des eigenen Machtbereichs durch NATO und Europäische Union.

Gemeinsame Sicherheit, Interessensausgleich und zivile Konfliktbearbeitung spielen dabei keine Rolle.

Konfliktbearbeitung durch Staaten und internationale Einrichtungen

Einzelne Staaten bzw. Regierungen können sich für zivile Konfliktbearbeitung einsetzen. Diese Formen der ZKB wenden bisher vor allem die UNO und – in Europa – die OSZE an. Aber auch einzelne Staaten können Instrumente der ZKB nutzen. Zu diesen Instrumenten gehören solche, die auch bei den Konfliktparteien die staatliche Ebene betreffen: Beobachtungsmissionen oder die Organisation vertrauensbildender Maßnahmen, die Durchführung von Verhandlungen und „Runden Tischen“.



Wahlbeobachtung schafft Vertrauen. Hier: Mazedonien Bild: OSZE

Fehlt bei den Konfliktparteien die Bereitschaft zur Entspannung, kann durch ein gezieltes Embargo Druck ausgeübt oder durch positive Hilfsangebote ein Anreiz geschaffen werden.

Solche durchaus erfolgreichen Missionen leiden unter chronischem Geldmangel. Deutschlands Beitrag zur OSZE betrug ca. 24,8 Mio Euro (im Jahr 2021), während ein modernes U-Boot z.B. ca. 500 Mio. Euro kostet. Außerdem werden solche Missionen nur dann durchgeführt, wenn es den Interessen der mächtigen Mitgliedsländer entspricht.

Konfliktbearbeitung durch nicht-staatliche Organisationen

Um diese Einschränkung durch staatliche Machtinteressen zu umgehen, haben nicht-staatliche Organisationen der Friedens- und Menschenrechtsbewegung eigene Strukturen für Zivile Konfliktbearbeitung entwickelt. Sie haben andere Handlungsmöglichkeiten als Staaten.

Diese werden auch Nicht-Regierungs-Organisationen, englisch: Non-Governmental Organisations (NGOs), genannt. Im folgenden einige Beispiele:

Nonviolent Peaceforce (NP) ist eine 2002 gegründete, von zig Gruppen aus allen Kontinenten unterstützte internationale Organisation.

NP setzt größere Teams mit ausgebildeten Friedensfachkräften aus der ganzen Welt auch in akuten Konflikten nicht nur zur Gewaltvermeidung, sondern auch zur Unterstützung lokaler Friedensgruppen und zur Deeskalation durch Dialog ein.



PBI begleitet und schützt gefährdete AktivistInnen. (pbi)

<https://nonviolentpeaceforce.org/de>

Die wichtigsten Projekte laufen bzw. laufen in Südsudan, Sri Lanka und Philippinen, wo NP seit 2009 als erste NGO offizieller Partner eines internationalen Waffenstillstands-Monitoring-Teams ist.

peace brigades international (pbi) ist eine ähnliche internationale Organisation, die schon 1981 gegründet wurde und von Einzelmitgliedern in 18 Ländern getragen wird. pbi organisiert kleinere Freiwilligen-Teams zur gewaltverhindernden Begleitung gefährdeter lokaler AkteurInnen in der Menschenrechts- und Friedensarbeit.

Mehr Infos: www.pbideutschland.de

Die meisten Projekte finden in Lateinamerika statt. In Mexiko ist pbi in den Bundesstaaten Chihuahua, Coahuila, Oaxaca und Guerrero aktiv. In Guatemala gab es schon von 1983 bis 1999 und wieder seit 2003 Einsätze. In Kolumbien arbeiten ca. 25 Freiwillige aus vielen Ländern in 3 Teams.

Das Forum Ziviler Friedensdienst (forumZFD) organisiert seit 1996 Friedensfachdienste. Es organisiert Einsätze im In- und Ausland und die Ausbildung von Friedensfachkräften. Zusätzlich betreibt es Lobbying und Öffentlichkeitsarbeit. Das forumZFD wird mit staatlichen Mitteln gefördert.

Die Organisationen des Zivilen Friedensdienstes haben in den letzten zehn Jahren über 350 Friedensfachkräfte in über 180 Projekte in über 40 Ländern der Welt entsendet.

Das forumZFD selbst führt derzeit mehrere Einsätze im Nahen Osten durch, zur Förderung der Verständigung zwischen Israelis und PalästinenserInnen. Ebenso im westlichen Balkan, dort zur Bearbeitung und Bewältigung der Folgen der Bürgerkriege.

weitere Infos: www.forumzfd.de/de

Nicht-staatliche Organisationen unterstützen!

Es gibt drei Arten des Engagements für ZKB. Der wichtigste Einsatz ist auch der schwierigste: Der Friedensdienst benötigt natürlich Friedensfachkräfte, die sich persönlich ausbilden und entsenden lassen. Eine Ausbildung bietet zum Beispiel die Akademie für Konflikttransformation des forumZFD an, ein möglicher Einsatz fände zum Beispiel beim NP-Projekt in Südsudan statt. Doch für diesen „Job“ sind klare Voraussetzungen zu erfüllen. So sollten InteressentInnen beruflich vorqualifiziert sein. Sie müssen teamfähig sein, Fremdsprachen beherrschen und möglichst Erfahrungen mit anderen Kulturen haben sowie ein Mindestalter erreicht haben.

Neben dem direkten Einsatz ist auch politisches Engagement zwingend notwendig. Sowohl der weiteren Öffentlichkeit als auch der Politik selbst ist das Potenzial der ZKB nicht bekannt und bewusst genug. Kleine Gruppen vor Ort können also entweder verschiedene Veranstaltungen organisieren, um dies zu bewerben. Oder sie können auch aktives Lobbying betreiben, um die Abgeordneten ihres Wahlkreises zur Unterstützung zu gewinnen (z.B. für das Konzept des Zivilen Peacekeepings).

Schließlich bleibt jenen, die weder das eine noch das andere realisieren können, die Möglichkeit der finanziellen Unterstützung. So kann man z.B. Sponsoring-Veranstaltungen organisieren oder aber direkt spenden bzw. Fördermitglied werden.



Ausbildung von Friedensfachkräften (forumZFD)

Soziale Verteidigung

meint die Verteidigung einer Gesellschaft mit gewaltfreien Methoden gegen eine Invasion von außen oder gegen einen Militärputsch. Die Soziale Verteidigung bedient sich der Methoden der gewaltfreien Aktion, des zivilen Widerstandes und der Nicht-Zusammenarbeit. Sie beruht auf den Grundgedanken der Gewaltfreiheit und kann als Sonderfall der zivilen Konfliktbearbeitung betrachtet werden. Dazu aktuell vom April 2022:

<http://www.h-m-v-bildungswerk.de/pdf/220601%20Soziale%20Verteidigung.pdf>

<https://www.soziale-verteidigung.de/hintergrund-diskussionspapiere>

„Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.“

Grundsatzerklärung der Internationale der Kriegsdienstgegner (WRI) und der DFG-VK

Zivile Konfliktbearbeitung statt militärisch eingreifen

Im Jahr 2004 hat die damalige rot-grüne Koalition ein Gesamtkonzept und einen Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ verabschiedet. Die nachfolgende Große Koalition hat bis 2015 vier Berichte zur Umsetzung dieses Aktionsplans vorgelegt. Sie sagt, dass dies „zentrale Politikfelder für die Bundesregierung“ seien. Die Zusammenarbeit und Koordination aller beteiligten Ministerien und Einrichtungen solle gefördert werden. Leider wird Militär weiter als Bestandteil dieses Gesamtkonzeptes gesehen. Rechtswesen und Gesellschaft werden als wichtige Handlungsfelder, nichtstaatliche Organisationen als wichtige Akteure im Aktionsplan benannt. Es werden Infrastruktur und Instrumente zum Beispiel bei der Polizeihilfe oder der Friedensdienstausbildung entwickelt. So wird auch die Qualifizierung und Entsendung durch staatliche und nichtstaatliche Organisationen wie Deutscher Entwicklungsdienst und forumZFD gefördert.

Dies ist eine Veränderung gegenüber Zeiten, in denen Alternativen zum Militär schlichtweg geleugnet wurden. Doch es gibt noch keine Trendwende. Die eingesetzten Finanzmittel sprechen eine deutliche Sprache: 2021 gab es 53,3 Mrd. € fürs Militär und 6,5 Mrd. € für die diversen Aktivitäten der ZKB! (Quelle: Bund f. sozial Verteidigung)

In der Praxis der Außenpolitik werden zivile und militärische Mittel vermischt. Zivile Konfliktbearbeitung soll dann „ergänzend“ zum Einsatz kommen, wenn nach einer Intervention keine politischen Konzepte für eine friedliche Zukunft vorhanden sind. (z.B. Krieg in Afghanistan). ZKB wird damit zum Lückenbüßer für die mangelnden politischen Konzepte und zu einem Instrument der Machtpolitik.

Zentrale Voraussetzung für ZKB ist Vertrauen zu VermittlerInnen, die von außen eingreifen. Wie sollen Aktionen der ZKB aus einem Land auf Vertrauen stoßen, das kurz zuvor eine der Konfliktparteien noch militärisch bekämpft hat? Die wenigen vom Staat finanzierten Einsätze Ziviler Friedensfachkräfte stehen auf verlorenem Posten, da sowohl ausreichend Geld als auch der ernsthafte politische Wille fehlt, hier alternative Wege zu gehen.

Polizeitruppe der UNO?

Es sind Konfliktsituationen denkbar, in welchen zivile Mittel nicht gegeben sind und Völkermord oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit drohen. Dann wäre eine Polizeitruppe der Vereinten Nationen evtl. hilfreich. Doch eine solche Truppe unter einem neutralen Oberkommando, mit dem Auftrag bedrohte Gruppen zu schützen, ist nicht vorhanden. Zivile Konfliktbearbeitung soll vorsorgend in Konflikte eingreifen um Menschenrechte zu schützen.

Mehr dazu: http://www.h-m-v-bildungswerk.de/pdf/Manifest_2017_08_02_4S.pdf

Politische Veränderungen durch gewaltfreie Bewegungen

Zwei amerikanische Terrorismusforscherinnen haben 323 gewaltfreie und bewaffnete Aufstände/ Revolutionen gegen Besatzungsmächte oder Diktatorische Regimes Das überraschende Ergebnis ist, dass gewaltfreie Aufstände wesentlich mehr Erfolg haben bei gleichzeitig geringster Anzahl von Opfern/ getöteten Personen und geringsten Zerstörungen des Landes! Zusätzlich ist die Wahrscheinlichkeit deutlich höher, dass sich nach den zum Teil jahrelangen Aufständen dauerhafte, demokratischere, liberalere Verhältnisse einstellen als bei einem Erfolg durch bewaffneten Widerstand!

<https://www.greenpeace-magazin.ch/2015/01/23/gewaltloser-widerstand-ist-die-bessere-option/>

Das heißt es ist besser auf die Kraft der sozialen Bewegungen zu vertrauen, als diktatorische Regimes mit Militärinterventionen zu beseitigen.

**Gewaltfreie
Protestaktion
der Frauen in
Schwarz,
Argentinien**



Zivil handeln - abrüsten!

Abrüstung und Entmilitarisierung sind die wichtigsten Schritte zur Verhinderung von Kriegen und Krisen!

Friedens- und entwicklungspolitische Gruppen müssen weiter Abrüstung einfordern und eigenständige Einsätze in Krisenregionen durchführen. Dabei kann sie jeder Einzelne finanziell und durch Mitarbeit unterstützen!

Ohne einen Wandel staatlicher Politik allerdings, ohne „Schritte zur Abrüstung“ gibt es langfristig keine effektive Zivile Konfliktbearbeitung:

- Die ZKB muss eindeutigen Vorrang vor militärischen Aktionen bekommen. Die Auslandseinsätze der Bundeswehr sind einzustellen.
- Die Mittel für ZKB müssen drastisch erhöht werden.
- Die Bundesrepublik muss sich aktiv für den Vorrang ziviler Maßnahmen und Strukturen einsetzen, in der EU, bei der OSZE und der UNO.
- Staatliche Hilfe für Zivilen Friedensdienste muss ohne Rücksicht auf Machtinteressen gewährt werden.
- Deutschland soll keine Waffen liefern und keine Militärausbildung betreiben.

